Interview mit dem Landrat:

Problem der Verbandsgemeindebildung nicht nur von einer Richtung her sehen

K. A. - Die Bildung der Verbandsgemeinden ist mit der Vorlage des Zielplanentwurfs des Innenministeriums in ein neues, entscheidendes Stadium getreten. Bis zum 15. Mai können die Städte und Gemeinden sich zu diesem Entwurf äußern und Einfluß auf den endgültigen Zielplan nehmen, der nach erneuter Überarbeitung im Ministerium im Benehmen mit dem Innenausschuß des Landtages aufgestellt und alsdann rechtsverbindlich verkündet werden wird. Diese Situation gab unserer Kreisredaktion Veranlassung, Landrat Dr. Herbert Bickel um das folgende Interview zu bitten.

Frage: Herr Landrat, sehen Sie in der Konzeption der Verbandsgemeinden, wie sie jetzt vorliegt, Zusammenhänge mit der Raumordnung und Landesplanung?

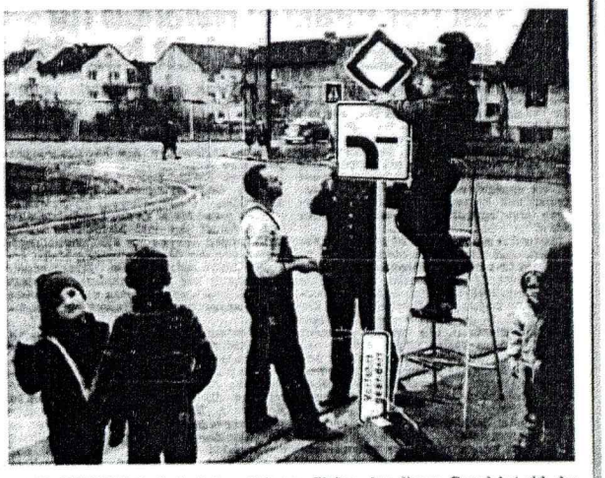
Landrat: Diese Frage möchte ich mit einem — wenn auch eingeschränkten — Ja beantworten. Das Landesentwicklungsprogramm sieht für die Versorgung der Bevölkerung ein abgestuftes System zentraler Orte vor. Danach sollen jeweils werden: Oberzentren, Mittelzentren und Unterzentren. Die Verbandsgemeindebildung kann auch daher nicht an die dem Ober- und Mittelzentren zugeordneten Bereiche anlehnen. Dabei darf ich daran erinnern, daß in unserem Lande nur fünf Oberzentren — die Städte Mainz, Koblenz, Trier, Ludwigshafen und Kaiserslautern — bestehen und in unserem Landkreis nur ein voll ausgebautes Mittelzentrum, nämlich die Stadt Bingen, und zwei weitere Mittelzentren, die Stadt Ingelheim einerseits sowie die Stadt Oppenheim und die Gemeinde Nierstein andererseits, ausgewiesen sind. Die Verbandsgemeinden würden also von ihrem Zuschnitt her zu groß werden, wenn versucht würde, sie an den Bereichen der Ober- und Mittelzentren zu orientieren. Deshalb ist es von der Raumordnung her nur möglich, die Verbandsgemeinden auf die Unterzentren auszurichten.

Hierbei besteht allerdings die Schwierigkeit, daß die Unterzentren bzw. ihre Einzugsbereiche noch nicht abschließend festgelegt sind, weil dies der Regionalplanung — für unseren Raum der Regionalplanung Rheinhessen — vorbehalten ist, die zur Zeit zügig vorangetrieben wird. Insoweit müssen Regionalplanung und Bildung von Verbandsgemeinden aus demselben Blickwinkel gesehen werden. Der jetzt vom Innenministerium vorgelegte Entwurf eines Zielplans versucht diesen Gedanken gerecht zu werden und die Räume, die zum Einzugsbereich eines Unterzentrums gehören, zusammenzufassen.

Gesamtschau nötig

Allerdings läßt sich dieses Konzept nicht überall hundertprozentig verwirklichen. Denn neben der Raumordnung sind auch noch andere Faktoren als vorgegebene Größen bei der Bildung der Verbandsgemeinden zu berücksichtigen. Ich denke hierbei vor allem an bestehende gemeinsame Einrichtungen mehrerer Gemeinden wie Abwasserverbände, Wasserversorgungseinrichtungen usw. sowie an die schulische Erschließung und an topographische Gegebenheiten. Erst eine Gesamtschau all dieser Faktoren ermöglicht eine sinnvolle Planung der Verbandsgemeinden.

Zusammenfassend darf ich sagen: Die Bildung von Verbandsgemeinden ist ein vielschichtiges Problem, das nicht nur von einer Richtung her gesehen werden darf. Dies ist vor allem bei einer konstruktiven Kritik stets zu berücksichtigen.



DER VERKEHR in Budenheim soll besser fließen. Aus diesem Grund hat sich der Gemeinderat vor einiger Zeit dafür ausgesprochen, die Margaretenstraße von der Einmündung der Binger Straße an, die Berliner Straße, einen Teil der Kettelerstraße und die Alleestraße zu vorfahrtsberechtigten Straßen zu erklären. Nachdem das Landratsamt die Genehmigung zu dieser Maßnahme gegeben hatte, konnte jetzt mit der Installierung der Schilder begonnen werden. Es müssen insgesamt etwa vierzig Hinweise angebracht werden. Unser Bild zeigt die Monteure bei der Arbeit in der Nähe des Rathauses, wo wegen der Kindergartenbesucher eine besondere Gefahrenquelle ist. Foto: Klos

Gemeinden in der Verbandsgemeinde

Frage: Wie wirkt sich die Bildung der Verbandsgemeinden auf die Gemeinden aus, und zwar einerseits auf ihre eigenständige Selbstverwaltung und zum anderen auf ihre Finanzsituation?

Landrat: Ich möchte deutlich hervorheben, daß durch die Bildung der Verbandsgemeinden die Selbständigkeit der Gemeinden erhalten bleibt. Über die Angelegenheiten des örtlichen Wirkungskreises der Gemeinden entscheidet auch wie vor der Gemeinderat unter Vorsitz des Bürgermeisters in eigener Verantwortung. Auf die Verbandsgemeinden gehen lediglich die Aufgaben über, die über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden hinausgehen und deshalb in einem größeren Raum durchgeführt werden müssen. So wird es zum Beispiel in Zukunft Aufgabe der Verbandsgemeinde sein, Flächennutzungspläne zu beschließen, die Trägerschaft der Hauptschule zu übernehmen und für die Wasserversorgung sowie die schadlose Beseitigung des Mülls und der Abwässer Sorge zu tragen.

Eine Feststellung scheint mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Die Verwaltung der Verbandsgemeinden ist vor allem dazu bestimmt, „Schreibstube" der einzelnen Gemeinden zu sein. Unsere Gemeinden sind heute mit Verwaltungsarbeit überlastet. Über 75 Prozent aller Gesetze — sei es des Bundes oder der Länder — berühren die Sphäre der Gemeinden. Mit all diesen Problemen werden unsere ehrenamtlichen Bürgermeister Tag für Tag beim Vollzug der Verwaltungsgeschäfte befaßt. Sie werden deshalb ständig überfordert. Hinzu kommt, daß unsere gesamten Lebensverhältnisse durch den Einfluß von Technik und Wissenschaft immer komplizierter werden. Das wirkt sich nicht nur auf Industrie und Wirtschaft aus, sondern auch auf die Verwaltung. Deshalb ist es geboten, unsere Gemeindeverwaltungen von der immer größer werdenden Last der Verwaltungsarbeit zu befreien. Gerade dieser Gesichtspunkt kann, wie die tägliche Erfahrung zeigt, nicht deutlich genug herausgestellt werden. Er allein rechtfertigt schon die Bildung der Verbandsgemeinden; denn Sinn der gesamten Verwaltungsreform, wie sie in unserem Lande nur Zeit durchgeführt wird, ist es, die Verwaltungskraft zu stärken, um so den Bürger besser als bisher auf diesem Gebiet bedienen zu können.

Herr über das eigene Geld

Allein schon daraus, daß die Gemeinden der Bildung von Verbandsgemeinden lediglich bleiben, ergibt sich, daß sie selbst über ihre Einnahmen, Ausgaben und ihr gesamtes Vermögen selbst bestimmen und somit Herr ihres eigenen Geldbeutels bleiben. Allerdings werden sie über eine Verbandsumlage zur Finanzierung der Aufgaben der Verbandsgemeinden beitragen haben. Dafür werden jedoch die einzelnen Gemeinden von Belastungen freigestellt, denen sie bisher selbst nachkommen mußten. Ich erwähnte schon, daß der Verbandsgemeinde auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung nicht unerhebliche Aufgaben zuwachsen. Aufgaben, die zur finanziellen Entlastung der einzelnen Gemeinden nicht unerheblich beitragen.

Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang auch daß innerhalb einer Verbandsgemeinde die einzelnen Gemeinden über die Verbandsumlage entsprechend ihrer Leistungskraft zur Finanzierung der gemeinsamen Aufgaben herangezogen werden. Dadurch wird — wenigstens zum Teil — der Unterschied zwischen leistungsschwachen und leistungsstarken Gemeinden ausgeglichen.

Stadtumlandentwicklung beobachten

Frage: Herr Landrat, wie beurteilen Sie die derzeitigen Eingemeindungsbestrebungen?

Landrat: Zunächst darf ich in Erinnerung rufen, daß gerade der rheinhessische Raum im vergangenen Jahr neu geordnet worden ist. Im Gegensatz zu anderen Landesteilen bei der Gesetzgeber hier an eine abschließende Regelung gedacht und eine wohlüberlegte Abwägung aller Interessen vorgenommen. Deshalb ist es geboten, daß auch der Phase der gebietsmäßigen Neuordnung nunmehr eine Zeitspanne der Ruhe und Konsolidierung eintritt, damit die durch die Verwaltungsreform geschaffene Neuordnung ihre positiven Wirkungen zum Wohle der Bevölkerung entfalten kann. Auch das ist vom Gemeinwohl her zu beachten, wie der Verfassungsgerichtshof unseres Landes in einem Urteil festgestellt hat.

Überdies muß sich jeder verantwortliche Kommunalpolitiker darüber im klaren sein, daß eine Eingemeindung zum Verlust der kommunalen Selbständigkeit führt, die bei der Bildung der Verbandsgemeinden gewahrt bleibt. Deshalb muß ein solcher Schritt sehr wohl durchdacht sein. Es wäre verhängnisvoll und würde einen Mißbrauch demokratischer Selbstverwaltung bedeuten, wenn der Weg der Eingemeindung nur gewählt würde, um der eigenen Verantwortung zu entfliehen oder vor Versammlungen in der Vergangenheit zu kapitulieren.

Auch scheint es mir ein Kunstgriff zu sein, davon zu sprechen, daß bei einer Eingemeindung nur die Selbständigkeit, nicht aber die Eigenständigkeit aufgegeben werde. Der Verlust der Selbständigkeit muß nämlich auf Zeit gesehen auch zur Aufgabe der Eigenständigkeit führen; denn Eigenständigkeit kann nur bewahrt werden, wenn man über sein eigenes Schicksal in selbständiger Verantwortung bestimmen kann. Diese Möglichkeit wird jedoch bei einer Eingemeindung durch die Bildung eines Ortsbeirates und die Berufung eines Ortsvorstehers nicht gewährleistet, denn sie haben letztlich nur beratende Funktion, sofern sie dazu aufgefordert werden.

Anders liegen indes die Verhältnisse bei den verbandsangehörigen Gemeinden, wobei ich noch betonen möchte, daß deren Rechte und Pflichten gesetzlich und nicht bloß vertraglich abgesichert sind.

● Um jedoch nicht mißverstanden zu werden, darf ich abschließend erwähnen: Im Stadtumlandbereich sind die weiteren Entwicklungen sorgfältig zu beobachten; denn in einer schnelllebigen, sich rasch verändernden Welt lassen sich Reformen nicht für Generationen festlegen. Dies kann in der Zukunft durchaus dazu führen, daß die Lebensräume sich verändern. Dafür scheint mir allerdings in der Gegenwart kein Anlaß gegeben zu sein.

Über all diese Fragen ist — das möchte ich mit Nachdruck betonen — ohne jedes Prestigedenken zu befinden. Gerade das scheint mir vom Gemeinwohl her geboten zu sein.

Wie geht das Verfahren jetzt weiter?

Frage: Wie vollzieht sich der weitere Ablauf des Verfahrens bei der Bildung der Verbandsgemeinden?

Landrat: Hervorheben darf ich bei dieser Frage zunächst, daß es sich bei dem derzeit vorliegenden Arbeitspapier lediglich um einen Vorschlag des Ministeriums des Innern handelt und noch nicht um einen rechtswirksamen Zielplan. Dieser Vorschlag soll nunmehr bis Mitte Mai von den Gemeinden diskutiert, alsdann vom Ministerium des Innern unter Berücksichtigung der Eingaben der Gemeinden noch einmal überarbeitet und sodann dem Kabinett zugeleitet werden. Aufgabe der Landesregierung ist es alsdann, mit dem Innenausschuß des Landtages ins Benehmen zu treten, um den Zielplan endgültig zu erstellen, der sodann im Staatsanzeiger zu veröffentlichen ist, um wirksam zu werden. Diese Arbeit dürfte bis etwa Mitte Juli dieses Jahres abgeschlossen sein.

Sobald der Zielplan wirksam erstellt ist, sind die Gemeinden aufgerufen, sich im Rahmen dieser Planung freiwillig zu Verbandsgemeinden bis zum 31. Dezember 1971 zusammenzuschließen.

Budenheimer Blütenfest vom 25. bis 27. April erstmals im Zelt

Bunter Abend mit Spitzenstars / Wer wird Königin?

hat. Budenheim. — Das Blütenfest wird in diesem Jahr vom 25. bis 27. April erstmals in einem großen Zelt an der Schule gefeiert. Der Schausteller wird an der Turnhalle aufgeschlagen und ist gegenüber den Vorjahren erheblich erweitert. Auch ein Riesenrad soll sich dort drehen.

Das Zelt faßt 1500 Personen und wird von einer Firma aus Niederhausen bei Bad Kreuznach errichtet, die auch die Bewirtschaftung übernimmt. Zu loyalen Preisen sollen auch ausreichend Speisen gereicht werden, erklärte der Vorsitzende des Verkehrsvereins Horst Veyhelmann in einem AZ-Gespräch. Heizschlangen und Heißluftgebläse sorgen dafür, daß auch bei einer eventuell ungünstigen Witterung kein Besucher zu frieren braucht.

Samstags ist ein bunter Abend mit zahlreichen Spitzenkünstlern. Das bekannte deutsche Schlager-Duo Wyn Hope und Andrea Horn, die auch an der Weltausstellung in Osaka mitwirken, bieten Folk-Songs, die Ruhr-Parodisten spielen Sketches und die drei „Degards - Lerche und Lerch", equilibristische Kaskadeure zeigen komische Nummern. Die Ansage hat Willi Höhne übernommen. Außerdem stehen Darbietungen des weiblichen Duos Oster, des CCB-Balletts und des CCB-Gesangstrios auf dem Programm.

Beim Frühschoppen am Festsonntag um 10 Uhr spielt die Alzeyer Stadtkapelle. Nachmittags wird die Heideshelmer Erntekönigin mit ihrem Gefolge am Rathaus empfangen und zur Krönungszeremonie ins Zelt geleitet. Dort schließt sich eine Teenager-Party mit einer bekannten Beat-Kapelle an. Abends ist „Großer Frühlingsball". Die Gestaltung des Festmontags liegt noch nicht fest.

In diesem Jahr werden die Blütenkönigin und ihre Prinzessinnen aus dem Jahrgang 1953/54 gewählt. Die Entscheidung darüber, wer die Gemeinde in den nächsten zwölf Monaten repräsentiert, fällt am bunten Abend. Interessierte Mädchen können sich beim Vorsitzenden des Verkehrsvereins, Horst Veyhelmann, oder bei Bürgermeister Erwin Renth in der Gemeindeverwaltung zu einem unverbindlichen Gespräch einfinden.

Erzeugerpreise stabil halten

Bürgermeister v. Braunschweig sprach vor Essenheims Bauern

Essenheim. Über die Delegiertenversammlung des Deutschen Bauernverbands in Bad Godesberg berichtete der Undenheimer Bürgermeister Barnim von Braunschweig in der Generalversammlung des Bauernvereins.

Er erläuterte die Thesen des Vizepräsidenten Dr. Sicco Mansholt und wiederholte die Forderung des Präsidenten des Bauernverbands, der jede weitere Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und somit eine Minderung des Einkommens der Bauern ablehnte.

Den Bericht über die drei vergangenen Geschäftsjahre erstattete Vorsitzender Mossel. Er bedauerte, daß seine Arbeit nicht genügend Unterstützung und Anklang gefunden habe. Dem Kassenbericht von Ludwig Wolf junior erteilte die Versammlung die Zustimmung. Der Vorstand setzt sich nach den Neuwahlen wie folgt zusammen: Erster Vorsitzender Hans Rudolf Wagner, Zweiter Vorsitzender Adam Braunewell, Kassierer Ludwig Wolf junior, Schriftführer Adam Wolf, Beisitzer Georg Weyel, Hubert Graf und Friedrich Wilhelm Blodt.

Bürgermeister Betz legte dar, daß die Existenz der Landwirte nicht nur nach ökonomischen Gesichtspunkten angesetzt werden könne. Auch die Bodenverbundenheit sei ein wesentlicher Aspekt.

Berufe sollen Zukunft haben

Eltern und Schüler in Nieder-Olm hörten IHK-Informationen

Nieder-Olm. Erst nach gründlicher Abwägung zwischen Berufswunschbild, Neigungen und Interessen könne die richtige Berufswahl getroffen werden. Die Eltern müßten prüfen, ob die für ihre Kinder der ausgewählten Berufe Zukunftschancen hätten. Dies forderte Ernst Thöhe, Leiter der Berufsausbildungsabteilung der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, im Verlaufe einer gemeinsamen Veranstaltung des Volksbildungswerkes mit den beiden Schulen.

An Hand einer Statistik stellte Thöhe fest, daß es in Rheinhessen wesentlich mehr kaufmännische als gewerbliche Ausbildungsverhältnisse gebe. Den Schülern legte er nahe, eine gehobene Schulbildung anzustreben, da diese im Zeitalter der Technisierung noch mehr als bisher benötigt werde. Wenn auch einige Schüler des Entlassungsjahrgangs eine Lehrstelle hätten, sei es doch sinnvoll, zu überprüfen, ob man die richtige Wahl getroffen habe. Ein Eignungstest biete dafür geeignete Voraussetzungen.

Zur Umstrukturierung in der Landwirtschaft erklärte Thöne, daß die Einkommensentwicklung die Landwirte zwinge, sich auf einen anderen Beruf umzuschulen. Im Kammerbereich Alzey und Worms würden deshalb diesbezügliche Maßnahmen ergriffen. Thöne wies darauf hin, daß es in der Bundesrepublik noch 28 Prozent Männer und 43 Prozent Frauen ohne Berufsausbildung gebe. Es sei notwendig, diese hohe Quote abzubauen. Alle Bürger hätten zwar die Möglichkeit einer freien Berufswahl, doch nähmen leider nicht alle die Chance wahr.

Eine Angleichung der Berufsausbildung innerhalb der EWG-Länder sei mit Schwierigkeiten verbunden, betonte der Referent. Die Ziele ließen sich zwar angleichen, nicht aber die Systeme. Die Bundesrepublik stehe an, den Lernenden im ersten Abschnitt der Ausbildung eine breitere Grundausbildung zu bieten, während der zweite Abschnitt einem spezifischen Berufsbild gewidmet werden solle. Dadurch würde den Auszubildenden eine größere Mobilität und ein leichteres Wechseln in andere Berufe ermöglicht.

Ärger mit der Müllabfuhr

Zornheim. Wer in diesen Tagen durch die saubere Ortschaft Zornheim spazierte, den störten die prall gefüllten Mülltonnen. So war es kein Wunder, daß auch die Gemeinderatsmitglieder diesem Punkt in öffentlicher Sitzung diskutierten und bemängelten, daß schon zweimal die Müllabfuhr nicht zum festen Abholtermin oder überhaupt nicht geleert wurden. FDP-Sprecher Helmut Liebold richtete diesbezüglich eine Anfrage an den Bürgermeister, der darauf hinwies, daß seitens des Unternehmens dies damit begründet worden sei, daß ein neuer Fahrer auf dem Wagen sitze, der die Fahrtroute angeblich nicht gekannt habe. Bürgermeister Hans Steib sprach sich ebenfalls dafür aus, daß es besser sei, wenn die Mülleimer erst am Mittwoch geleert würden. Entsprechende Verhandlungen will die Verwaltung führen. Bo

Osterkonzert am Sonntag

Zornheim. Die Sängervereinigung Mainz-Ebersheim, der gemischte Chor des Gesangvereins „Frohsinn" Harxheim und der Männergesangverein Zornheim wirken beim Osterkonzert am ersten Feiertag um 20 Uhr im Saal Kaufmann mit.

Blick nach nebenan

Alsheim gibt nicht auf

Alsheim. Die Wählergruppe Dr. Muth will, wie Bürgermeister Dr. Muth bei einer Versammlung erklärte, ebenso wie die CDU daran festhalten, für Alsheim den Anschluß an eine Verbandsgemeinde mit Gimbsheim, Gimbsheim, Eich und Hamm anzustreben, wobei die Kreisgrenzen beim Hasenrain sein dürften. Als Sitz sei Gundersheim vorgesehen. Der Vertreter der SPD-Fraktion vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß Alsheim sich einer Verbandsgemeinde Guntheim anschließen sollte. Landtagsabgeordneter Hans Fröder (Gimbsheim) referierte einleitend über die Grundsatzfragen bei der Bildung der Verbandsgemeinden und legte sich im übrigen nicht fest, sondern nahm lediglich die vorgetragenen Argumente als Wertmaterial zur Kenntnis.

Vertrag gebilligt

Gensheim. Einstimmig billigte der Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Rothenbuch den Auseinandersetzungsvertrag mit der Gemeinde Waldalgesheim, der sich die Gemeinde Gensheim anschließen will. Wie berichtet, hatten die Bürger von Gensheim am 8. März mit rund 68 Prozent der Eingliederung in die Nachbargemeinde Waldalgesheim zugestimmt. Das letzte Wort darüber, ob die Vereinigung der beiden Orte zu einer Gemeinde zustande kommt, wird nach Anhörung der Kreisstadt Mainz-Bingen und Rat Kreuznach auch auf höherer Ebene gesprochen.

Obstbauberater kommen

Die Obstbauberater des Kreises Mainz-Bingen besuchen folgende Städte und Gemeinden: Dienstag, 31. März, nachmittags Beratung über Dorfverschönerung in Elsenheim; Mittwoch, 1. April, Beratung in Gau-Algesheim, Appenheim, Nieder- und Ober-Hilbersheim, Zornheim, Nieder-Olm und Mainz-Drais; Donnerstag, 2. April, Beratung von Bodenpflanzen in Ingelheim, Wackernheim und Heidesheim, Beratung in Mainz-Finthen und Klein-Winternheim; in Freitag, 3. April, vormittags Beratung in Gensheim, Bingen-Kempten und Bingen-Büdesheim, 12.30 Uhr bis 16.30 Uhr Sprechtag in der Beratungsstelle Sprendlinger.

Sperrzeit für Tauben

Zum Schutze der Frühjahrsaussaat sind die Tauben während eines Zeitraums von vier Wochen so zu halten, daß sie die bestellten Felder und Gärten nicht aufsuchen können. Das Landratsamt Mainz-Bingen hat mitgeteilt, daß auf Vorschlag der landwirtschaftlichen Beratungsstelle die Sperrzeit für Tauben vom 30. März bis 26. April festgesetzt wurde. Zuwiderhandlungen können mit Geldbußen bis zu 1000 Mark geahndet werden.

Gründliche Spritzung verhütet Rebschäden

L-L — Oppenheim. In Rheinhessen ist die Schwarzfleckenkrankheit nicht nur an Müller-Thurgau-Reben, sondern auch mehr oder weniger bei allen Sorten, vorwiegend an den unteren Knoten und Zwischenknotenstücken, stellenweise sehr stark aufgetreten. Dies teilt die Landes-, Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Gartenbau mit. Das Krankheitsbild äußert sich in Ausbleichungen und schwarzen Punktierungen im unteren Teil der einjährigen Reben. In besonders schweren Fällen sind schmutzig-schwärzliche Aufreißungen der Rinde festzustellen. Untersuchungen der Anstalt haben gezeigt, daß mit einer gründlichen Winterspritzung deutliche Bekämpfungserfolge möglich sind. Der gesamte Stock muß dabei allseitig gut benetzt werden. Die Behandlung muß spätestens kurz vor dem Austrieb abgeschlossen sein. Die Lehranstalt empfiehlt zweckmäßige Gelbspritzmittel in den vorgeschriebenen Anwendungskonzentrationen.

Verantwortlich für Kreis Mainz-Bingen: Reinhart Ammer in Mainz